



Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 06. März 2013

Vorlagen-Nr. 12-F-08-0126

**Datenschutzbericht 2011 - hier: Sozialdatenschutz
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 27.11.2012 -**

Die Stadtverordnetenversammlung hat in der Sitzung vom 22. November 2012 den Bericht des Datenschutzbeauftragten zur Kenntnis genommen. Darin befanden sich auch einige Themen, die sich auf den Sozialdatenschutz beziehen, dessen Einhaltung von der Relevanz her mit dem Steuergeheimnis vergleichbar ist.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Datenschutzbeauftragte wird gebeten, im Sozialausschuss zu Themen aus dem Bericht, die den Sozialdatenschutz betreffen, zu berichten.

Zu behandelnde Themen sollten auch sein:

- Gewährleistung des Sozialdatenschutzes in der Eingangssituation der Zweigstellen des kommunalen Jobcenters (insbesondere Konradinallee, Taunusstraße, Glarusstraße (hier insbesondere die Telefonlösung auf den jeweiligen Stockwerken)).
- Zugriff auf Daten der Leistungsberechtigten innerhalb der Verwaltung.
- Erhebung von persönlichen Daten auf dem „Fragebogen zur persönlichen Situation“ (insbesondere Fragen nach Schwangerschaft, Vorstrafen, Schulden).
- Überweisung von Kosten der Unterkunft direkt an den/die Vermieter_in ohne konkreten Anlass.

Beschluss Nr. 0034

Der Antrag von Linke&Piraten vom 27.11.2012 betr.

Datenschutzbericht 2011 - hier: Sozialdatenschutz

hat durch die mündlichen Berichte von Herrn Quetscher (Datenschutzbeauftragter) und Herrn Werner (Amt für Soziale Arbeit) und die in der heutigen Sitzung geführte Diskussion seine Erledigung gefunden.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2013

Oschmann
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2013

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2013

Dezernat II/DSB
Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister